Bund Deutscher Kriminalbeamter

Nach Arbeitgeberangebot - Warnstreiks werden ausgeweitet

27.02.2023

Tarifrunde 2023 Bund und Kommunen

In der zweiten Verhandlungsrunde hat die **Arbeitsgeberseite** ein erstes Angebot vorgelegt, wonach **die Einkommen** in zwei Stufen **um insgesamt fünf Prozent bei einer Laufzeit von 27 Monaten** steigen sollen**.**

Dazu kommt eine **Inflationsausgleichsprämie in zwei Raten von 1.500 und 1.000 Euro.** Ein Mindestbetrag als soziale Komponente für die unteren Einkommensgruppen ist nicht vorgesehen.

Zum Vergleich: **Die Gewerkschaften forderten 10,5 Prozent** mehr Geld**, mindestens aber 500 Euro mehr bei 12-monatiger Laufzeit.**

Das Tarifergebnis soll darüber hinaus zeit- und wirkungsgleich auf Beamtinnen und Beamte sowie auf Versorgungsempfängerinnen und -empfänger übertragen werden. Dazu Katrin Ruhmann, Sprecherin des Fachbereiches Tarif des BDK:

> *"Dieses Angebot ist ein Schlag ins Gesicht aller Bediensteten bei Bund und Kommunen, die täglich und zum Teil unter widrigen Bedingungen das Gemeinwohl am Laufen halten. Sie haben Anerkennung verdient, die in einer den derzeitigen finanziellen Rahmenbedingungen angemessenen fairen Bezahlung zum Ausdruck kommen muss."*

Als Reaktion auf das "*großzügige*" Angebot der Arbeitsgeber kündigten die Gewerkschaften verstärkt weitere Arbeitskampfmaßnahmen an.

Die dritte Verhandlungsrunde findet am 27./28. März 2023 in Potsdam statt.

Schlagwörter
Tarif Bund
diesen Inhalt herunterladen: PDF